

„Migration und Kommunen“ – Podiumsdiskussion der KPV Rheinland-Pfalz

In Stromberg diskutierten Abgeordnete und Kommunale über die Auswirkungen der Migrationspolitik auf Städte und Gemeinden. Im Fokus standen dabei die kommunalen Finanzen und Fragen der Unterbringung.

In den Städten und Gemeinden werden die Auswirkungen des stetigen Zuzugs von Menschen nach Deutschland spürbar. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU (KPV) unter ihrem Landesvorsitzenden, Peter Schmitt, hatte zur Podiumsdiskussion nach Stromberg eingeladen, um die Herausforderungen, vor denen Kommunen in Rheinland-Pfalz stehen, unter diesem Blickwinkel zu beleuchten.

Gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Ralf Seekatz, dem Bundestagsabgeordneten Josef Oster und dem Landrat aus Bad Dürkheim, Hans-Ulrich Ihlenfeld, wurde diskutiert, wo welche Stellschrauben gedreht werden müssen, um die Städte und Gemeinden zu entlasten.

„Eines ist für uns klar: Wir wollen und wir müssen Menschen helfen, die ein berechtigtes Schutzinteresse haben. Es muss aber sichergestellt sein, dass Integration gelingen kann“, betonte Peter Schmitt. So dürften kommunale Verwaltungen nicht überfordert werden. Diese hätten in der Asyl- und Migrationspolitik kein Mitspracherecht, müssten aber vor Ort dafür sorgen, dass es trotzdem irgendwie funktioniert.

Die Podiumsteilnehmer stimmten überein, dass die Kommunen eine Verschnaufpause bräuchten, um die bisher angekommenen Menschen unterzubringen. Anschließend müssten sie die deutsche Sprache lernen und Integrationskurse absolvieren. Nur so sei sichergestellt, dass auf der einen Seite die Bevölkerung Geflüchtete akzeptiere, diese andererseits eine Chance auf Arbeit und Teilhabe hätten. Dazu dürften aber keine weiteren Flüchtlinge in die Kommunen verteilt werden.

Der europäische Asyl- und Migrationspakt mit einem effektiven Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union und einer Asylantragstellung außerhalb Europas sei ein erster wichtiger Schritt, um irreguläre und illegale Migration zu begrenzen. Innerhalb Deutschlands müssten aber auch die wirtschaftlichen Anreize für eine Flucht vermindert werden, indem, wie in anderen europäischen Ländern, konsequent auf Sachleistungen umgestellt werde.

Geflüchtete sollten erst dann in die Kommunen verteilt werden, wenn klar sei, ob sie in Deutschland bleiben dürften. Es solle auf keinen Fall Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum zwischen Geflüchteten und Einheimischen geben.

Das Fazit der Teilnehmer und Gäste: Mit klaren Strukturen und Regeln, die konsequent angewendet und durchgesetzt werden, könnten die Städte und Gemeinden auch weiterhin Menschen, die tatsächlich Schutz benötigen, unterbringen. Bis dahin ist es aber ein weiter Weg, auf dem vor allen Dingen Bundes- und Landesregierung gefordert sind, ohne ideologische Scheuklappen die richtigen Weichen zu stellen.